

## C·A·P Planung...

## 25. April

Expertenkolloquium der Forschungsgruppe Jugend und Europa zum Thema „Toleranzziehung in der politischen Bildung“ mit Dr. Wolfgang Althof

## 28. April

„Rußland und die GUS: Zwischen Reintegration und Zerfall“, Vortrag von Dr. Andrej Zagorski, MGIMO

## 5. Mai (C·A·P-FORUM)

„Deutsches Europa oder europäisches Deutschland? Regierungskonferenz, Osterweiterung, Währungsunion“, Panel im Rahmen der Europa-Woche der Europäischen Kommission

## 6. Mai

Fachgespräch mit Dr. Peter Gottfried, stv. Staatssekretär im ungarischen Außenministerium

## 16. Mai

„Effektivierung deutscher Europapolitik“, Fachkonferenz der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung, Bonn

## 5. Juni

Expertengespräch der Forschungsgruppe Jugend und Europa mit Herrn Walter Lorang, Vorsitzender des Fördervereins der UBS Kreisau e.V.

## 10. Juni

„Europa föderal organisieren“, Fachkonferenz der Forschungsgruppe Europa und der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung, München

## 18-21. Juni

Fachkonferenz zur politischen Lage in Korea in Kooperation des Korean Economic Research Institute (KERI), der Columbia University School of Law und des C·A·P

## 14. Juli (C·A·P-FORUM)

„Die Osterweiterung der NATO“, Vortrag von Dr. Friedbert Pflüger, MdB

## C·A·P ANORAMA...

herausgegeben vom  
Centrum für angewandte Politikforschung  
(C·A·P)

Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c.

Werner Weidenfeld

Grafinger Straße 2

81671 München

Tel. 089 - 4904 290

Fax 089 - 4904 2929

e-mail: 101350.200@compuserve.com

<http://www.lrz-muenchen.de/~uf29101/>

[WWW/CAP.html](http://WWW/CAP.html)

Geschwister-Scholl-Institut für

Politische Wissenschaft

Ludwig-Maximilians-Universität München

## Die Osterweiterung der EU

## Stärkung Europas im globalen Wettlauf

von Jürgen Turek

**D**rei Entwicklungen prägen die wirtschaftliche Zukunft Europas: die Globalisierung der Weltwirtschaft, die Osterweiterung der Europäischen Union und die Einführung einer gemeinsamen Währung. Diese Entwicklungen beinhalten Chancen und Risiken und beeinflussen sich gegenseitig. Ihre möglichen positiven wie negativen Konsequenzen entscheiden mit über das Schicksal des Kontinents. Um die Wettbewerbsfähigkeit Europas im triadischen System der Weltwirtschaft zu behaupten, ist eine kalkulierte und effiziente EU-Erweiterungsstrategie ebenso notwendig wie die Bewältigung der wirtschaftspolitischen Folgen der Währungsunion. Zeichnen sich die wirtschaftlichen Konturen der Osterweiterung nunmehr deutlicher ab, interessieren die wirtschaftspolitischen Konsequenzen einer gemeinsamen Währung noch wenig in einer polarisierten Diskussion um die pünktliche Realisierung oder Verschiebung der Währungsunion. Jenseits der Polemik in den Debatten um die Währungsunion hat die europäische Politik die ordnungspolitischen Konsequenzen für die Arbeitsmärkte und die sozialen Sicherungssysteme aber heute schon zu bedenken.

Die Osterweiterung der EU wird in zweierlei Hinsicht kritisch thematisiert: Zum einen, so die Befürchtung, verstärke die zunehmende Konkurrenz bei Produkten, Dienstleistungen und Arbeitskräften die Strukturprobleme der westeuropäischen Staaten. Angesichts einer Arbeitslosigkeit von ca. 18 Millionen Menschen in der Union könne dies in einer sozialen Explosion enden. Andererseits stehe fest, daß die EU die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten nur dann verkraften könne, wenn sie sich selbst von Kopf bis Fuß reformiere. Insbesondere gälte dies für die Agrar- und die Strukturpolitik. Die prognostizierten negativen Szenarios aus diesen Befunden gilt es zu prüfen. Wahrscheinlicher ist, daß die Erweiterung der Union wohlfahrtssteigernde Effekte auslöst und durch einen Faktorpreisausgleich die sozialen Systeme – auf schlankem Niveau – stabilisiert.

Die anstehende Osterweiterung realisiert neben der „Friedensdividende“ bereits heute Wohlstandsprämien für alle europäischen Staaten in Europa. Dies ergibt ein Blick auf die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten der EU und den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie auf die binnenwirtschaftlichen Auswirkungen in der Union selbst. Bereits heute nähern sich darüber hinaus die wirtschaftlichen Eckdaten von einigen Transformationsländern an westliches Niveau an. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP) befand sich Tschechien bereits 1993 auf annähernd gleichem Niveau wie Griechenland.

Eine effiziente Strategie der Osterweiterung unter den Bedingungen der Globalisierung hat entsprechende Anpassungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten und eine konsequente Reform der Union zur Voraussetzung. Diese Reform betrifft nicht nur einzelne Politiksektoren, sondern auch das institutionelle Gefüge der EU selbst. Darüber hinaus ist die konsequente Verwirklichung der Wirtschaftsunion notwendig, welche die bestehenden wirtschaftlichen Divergenzen in den Mitgliedstaaten auszugleichen hilft. Im Ergebnis hat die Wirtschaftsunion die ordnungspolitische Ausstattung des gesamteuropäischen Binnenmarktes und der Währungsunion zu liefern.

Jürgen Turek, Stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Europa

C·A·P<sub>rolog</sub>...

## Europas Rolle...

...im Friedensprozeß des Nahen Ostens wird von Ambivalenzen bestimmt: Einerseits fordern die arabischen Staaten die Europäer zu eigenen Initiativen auf – was auch dem Interesse der Europäer selbst entspräche – andererseits ist Israel eindeutig der in Wirtschaft und Staatsordnung kompatibelste Partner der EU.

Die diesjährigen **Kronberger Gespräche** organisiert von der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit der Forschungsgruppe Europa haben die **Schwierigkeiten der Modernisierung** in der arabischen Welt thematisiert. Der Einwirkung von außen sind Grenzen gesetzt und der Zeitbedarf der notwendigen Reformen ist größer als erwartet.

Auch wenn eine rasche Demokratisierung günstigere Kooperationsbedingungen schaffen würde, sprechen die Machtstrukturen wie die sozialen und demographischen Trends gegen schnelle Erfolge.

Der Einfluß europäischer Politik in der Region wird davon abhängen, inwieweit es gelingt, die **Transformation mit präzisen Kooperationschritten auf Kurs zu halten**. Die Workshops und der politische Dialog im Rahmen des Projektes „Europa und der Nahe Osten“ der Bertelsmann Stiftung und der Forschungsgruppe Europa wollen dazu beitragen.

**Josef Janning**

Stv. Direktor des C·A·P, Leiter

## Die Zukunft des Nahen Ostens

Zwischen Konfrontation, Kompromiß und Kooperation

*Die von der Bertelsmann Stiftung vom 16.-18. März 1997 in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Europa im Rahmen des Projektes „Europa und der Nahe Osten“ veranstalteten dritten „Kronberger Nahostgespräche“ wurden von den Entwicklungen auf der West Bank überschattet. Der Beginn der Siedlung Har Choma im Ostteil Jerusalems durch die israelische Regierung führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen israelischen und arabischen Teilnehmern über die Zukunft der Region.*

Die Kronberger Nahostgespräche sind auf das Ziel ausgerichtet, den Dialog zwischen Arabern, Europäern und Israelis sowie die Errichtung einer langfristig stabilen Sicherheits- und Wirtschaftspartnerschaft im Mittelmeerraum zu fördern. Das Engagement der Projektpartner soll die Bereitschaft der nord- und mitteleuropäischen Staaten unterstreichen, einen Beitrag zur Lösung von Problemen an der Südflanke der Europäischen Union zu leisten. Die Konferenz wurde auch in diesem Jahr durch einen Workshop-Zyklus vorbereitet, der sich mit Fragen der gemeinsamen Sicherheit, der wirtschaftlichen Entwicklung und Kooperation sowie der gesellschaftlichen Transformation im Nahen Osten und in Nordafrika beschäftigte. Die in den Workshops erarbeiteten Ergebnisse werden in Kronberg in Form eines von der *Forschungsgruppe Europa* vorbereiteten Strategiepapiers präsentiert.

Neben dem gespannten israelisch-arabischen Verhältnis wurde in den diesjährigen Gesprächen die Leistungsfähigkeit der europäischen Mittelmeerpolitik auf den Prüfstand gestellt. Die EU hat mit ihrer Initiative, ein umfassendes, den Großteil der Mittelmeeranrainerstaaten integrierendes Konferenzsystem zu errichten, zur Stabilisierung der Region beigetragen. Der „Prozeß von Barcelona“ bietet den teilnehmenden Staaten die Chance, einen intensiven euro-mediterranen Dialog zu führen und dadurch

ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken – eine Tatsache, die auch EU-Kommissar *Manuel Marin* in seinem Beitrag in Kronberg unterstrich. So werden beispielsweise am 15./16. April 27 Mittelmeeranrainer in Malta zusammenkommen, um die Fortschritte seit dem Treffen in Barcelona 1995 zu evaluieren.

Aber dieser Dialog verläuft nicht ohne Spannungen: Die südlichen Partnerstaaten stellen sich nur zögerlich dem geplanten Projekt einer Freihandelszone im Mittelmeerraum. Dringend notwendige innerstaatliche Strukturereformen werden nicht mit der notwendigen Dynamik vorangetrieben,

Über das Verhältnis Europas zum Nahen Osten diskutierten u. a. bei den 3. Kronberger Gesprächen (von links hinten nach rechts vorne): Dr. Al-Hinai (Oman), Joachim Bitterlich (Bundeskanzleramt), Dr. Koch-Weser (Weltbank), Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld, Dr. Al-Khulaifi (Golfkooperationsrat), Lord Weidenfeld (London), Liz Mohn (Bertelsmann Stiftung), Zaid al-Rifai (ehem. Ministerpräsident von Jordanien)

Eine Freihandelszone als stabilisierender Faktor

so daß die regionalen Wirtschaftswachstumsraten hinter den Erwartungen zurückbleiben. Andererseits bestehen auch auf seiten der Europäer Vorbehalte gegen weitreichende Maßnahmen zur Handelsliberalisierung; die geplante Freihandelszone soll lediglich Industriegüter, nicht aber Agrarprodukte umfassen. Die Öffnung des europäischen Agrarmarktes würde die Exportchancen der Mittelmeeranrainer erheblich steigern; dies allerdings auf Kosten der europäischen Produzenten.

Differenzierungen zwischen Dialog und Sanktion sind notwendig

Auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik, so das Papier der Forschungsgruppe weiter, setzen sich die Dissonanzen zwischen Europäern und Amerikanern über das westliche Verhältnis zu den sogenannten nahöstlichen „Paria-Staaten“ fort. Irak, Iran, Libyen und auch der Sudan sind aus westlicher Sicht potentielle Unruheherde. Irak lehnt die umfassende Offenlegung seines Massenvernichtungspotentials ab. Iran steht im Verdacht, verstärkt auf den Besitz von Atomwaffen hinzuarbeiten. Libyen und der Sudan verweigern die Zusammenarbeit mit der internationalen Staatengemeinschaft zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Auf diese sicherheitspolitischen Herausforderungen haben Europa und die USA bisher keine ausreichend abgestimmte Antwort gefunden; eine Einschätzung, die auch von Staatsminister *Helmut Schäfer* aus dem Auswärtigen Amt geteilt wurde. Der „kritische Dialog“, den die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern mit dem Iran initiiert hat, hat zu keinen durchschlagenden Erfolgen geführt. Aber auch die harte amerikanische Sanktionspolitik wird die „Paria-Staaten“ nicht zu einer moderateren Haltung in Streitfragen veranlassen, sondern Spannungen weiter verschärfen. Daher sollte eine differenzierte europäisch-amerikanische Politik die jeweiligen Stärken von Dialog und Sanktion miteinander verbinden, um den Ländern langfristig Alternativen zum Konfrontationskurs zu bieten.

### C·A·P-FORUM...

„Der Friedensprozeß am Scheideweg“ war Thema der Veranstaltung am 4. Februar im C·A·P, bei der die **Lage in Israel** diskutiert wurde. Neben den beiden langjährigen Israel-Korrespondenten **Friedrich Schreiber** (Bayerischer Rundfunk) und **Jörg Bremer** (Frankfurter Allgemeine Zeitung) analysierte **Prof. Dr. Dan Diner**, Leiter des Instituts für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv und im Winter Gastprofessor an der Universität München, die Entwicklung.

Friedrich Schreiber zeichnete in seinem Vortrag die historischen Linien des 100 Jahre alten israelisch-palästinensischen Konfliktes nach, dessen Kern der **Anspruch von zwei Nationen auf ein Land** sei. Mit dem Sechs-Tage-Krieg sei 1967 die Ausgangsposition des jetzigen Friedensprozesses geschaffen worden, der sich aber erst Anfang der 90er Jahre entfalten konnte. Vor allem der Krieg um Kuwait zeigte den Beteiligten, daß Konfrontation nicht weiterführe. Er öffnete so paradoxerweise ein „window of opportunity“ für den Frieden.

Jörg Bremer befaßte sich in seinem Vortrag mit der aktuellen Lage. Er beobachte in Israel die **Kontinuität**

einer **gespaltenen und politikmüden Gesellschaft**, in der sich religiöse Traditionalisten und säkulare Individualisten gegenüberstehen. Die Ermordung Rabins habe diesen Konflikt nicht geschaffen, sondern lediglich sichtbar gemacht und polarisiert. Der Friedensprozeß bleibe aber ein gemeinsames Ziel, denn mit der Realisierung der Ziele des Zionismus – der Akzeptanz Israels durch seine Nachbarn – stehe nun ein endgültiges Arrangement an.

„**Kicking the can**“, d. h. ein ungeordnetes Vortreiben, sei nach **Dan Diner (links abgebildet)** bei der Realisierung dieser Aufgabe die Politik Netanjahus. Diner analysierte anschließend die sozial-psychologischen Gründe, die den Friedensprozeß zwischen Palästinensern und Israelis in Gang gebracht haben. Wesentlich sei dabei der **Verzicht auf eine Debatte der historischen Legitimität** der jeweiligen Ansprüche, die Synchronisierung der Perzeptionen und die Bildung eines selbständigen palästinensischen Nationalgefühls gewesen. Hinzu käme bei der PLO die Erkenntnis, daß „palästinensische Revolution“ und „palästinensischer Staat“ gegensätzliche Optionen seien.

## Bundeszentrale für politische Bildung

Demokratie sachkundig vermitteln

Die *Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)* in Bonn begann ihre Arbeit 1952 mit dem Auftrag, „den demokratischen und europäischen Gedanken im deutschen Volk zu festigen und zu verbreiten“. Gemäß dieser Devise legt die Bundeszentrale seit nunmehr 45 Jahren die Schwerpunkte ihrer Bildungsarbeit auf wichtige politische und gesellschaftliche Themen. Vorrangig sind dabei zu nennen: Geschichte und Funktionsweise der Bundesrepublik, die demokratische Ordnung, die Analyse totalitärer Systeme, der Ost-West-Konflikt, der Nationalsozialismus, Wirtschaftspolitik und die sozialen Bewegungen. In den 90er Jahren konzentriert sich die BpB auf die deutsche Einheit, die europäische Integration, Mittel- und Osteuropa und die Globalisierung. Darüber hinaus werden immer wieder einzelne Länder (USA, Israel) und auch gesellschaftliche Fragen (Islam, Asylpolitik) thematisiert. Besonderes Augenmerk wird dabei in der dem Bundesministerium des Inneren zugeordneten Einrichtung auf Ausgewogenheit und Aktualität gelegt. Ein Kuratorium, zusammengesetzt aus Mitgliedern des Bundestages, und ein Wissenschaftlicher Beirat unterstützen die Arbeit der BpB.

Auf welche Weise versuchen die mehr als 230 Mitarbeiter der BpB, politische Themen dem Bürger nahe zu bringen? Am ertragreichsten ist das ausgezeichnete Publikationsangebot in der „Schriftenreihe“, das Bürger und Bildungsorganisationen kostenlos anfordern können. Periodika wie die Wochenzeitung „Das Parlament“ mit der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, die „Informationen zur politischen Bildung“ oder didaktisch konzipierte Veröffentlichungen sorgen ergänzend für eine aktuelle, fundierte und breitenwirksame Vermittlung der Inhalte. Um weitere Zielgruppen anzusprechen, werden Medien wie z. B. bunte Magazine, Videofilme, Wandzeitungen oder Poster

eingesetzt. Besuchsangebote, Seminare und Fachtagungen (etwa im „Ost-West-Kolleg“) sowie Studienreisen komplettieren das Angebot.

Verschiedene am C·A·P entstandene Publikationen erschienen in diesem Kontext in einer speziellen Ausgabe bei der Bundeszentrale. Aktuell zu nennen ist das mittlerweile in der 2. Auflage von der *Forschungsgruppe Deutschland* betreute „Handbuch zur deutschen Einheit“ (Hrsg.: Weidenfeld, Korte; siehe C·A·PANORAMA Oktober 1996), das in der Tradition der Bände „Die Identität der Deutschen“ (1983), „Deutschland-Handbuch“ (1989, hrsgg. von Weidenfeld und Zimmermann) und „Handwörterbuch zur deutschen Einheit“ (1991) steht.

Von der *Forschungsgruppe Europa* ist der Band „Demokratie und Marktwirtschaft“ (Originalausgabe im Verlag Bertelsmann Stiftung) und in Zusammenarbeit mit dem Institut für Europäische Politik und dem Europa Union Verlag bereits in der 5. Auflage „Europa von A-Z – Taschenbuch der europäischen Integration“ (hrsgg. von Weidenfeld und Wessels) lizenziert bei der Bundeszentrale erschienen. 1998 wird zudem in einer Kooperation der BpB, des C·A·P und der Bertelsmann Stiftung das „Europa-Handbuch“ eine wissenschaftliche Lücke schließen. Es wird die Entwicklungslinien Europas, Länderprofile und aktuelle Problemfelder der europäischen Integration umfassend behandeln.

Die *Forschungsgruppe Jugend und Europa* erstellte vor kurzem für die BpB den Foliensatz „Europa transparent“, der das Thema EU anschaulich vermittelt. Auf dem 7. Bundeskongreß der „Deutschen Vereinigung für Politische Bildung“ war sie zudem mit zwei Workshops zu den Themen „Europa vermitteln“ und „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ präsent. Der Kongreß wird von der BpB mitorganisiert.

Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn, Tel. 0228-5150

### C·A·P Portrait...

Dr. Claus Giering betreut als Nachfolger von **Christian Jung**, der zur Gesellschaft für Bankpublizität nach Köln wechselte, seit Anfang 1997 in der Forschungsgruppe Europa den Projektbereich „**Struktur-entwicklung der Europäischen Union**“. Sein Magisterstudium **Kommunikationswissenschaft, Politische Wissenschaft und Öffentliches Recht** absolvierte er an der Universität München. Im Anschluß promovierte Giering mit der Dissertation „**Europa zwischen Zweckverband und Superstaat – Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozeß der europäischen Integration**“ bei Prof. Dr. Werner Weidenfeld an der Universität München. Die Arbeit erscheint im Sommer 1997. Neben der **Reform des Vertrages von Maastricht** und der **Erweiterung der EU** beschäftigt sich Giering derzeit vor allem mit einer möglichen **Differenzierung der europäischen Integration**. Veröffentlichungen hierzu: Flexibilisierungskonzepte für Europa, Arbeitspapier der Forschungsgruppe Europa, Februar 1997; Vertiefung durch Differenzierung – Flexibilisierungskonzepte in der aktuellen Reformdebatte, in: *integration* 2/1997.

Werner Weidenfeld, Josef Janning, Sven Behrendt: **Transformation im Nahen Osten und Nordafrika. Herausforderungen und Potentiale für Europa und seine Partner**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1997, 59 Seiten, DM 15.-, ISBN 3-89 204-277-2.

Josef Janning, Dirk Rumberg (eds.): **Peace and Stability in the Middle East and North Africa**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 142 Seiten, DM 20.-, ISBN 3-8920 4-243-8.

Thomas R. Henschel: **Die deutschen Europäer – Einstellungen Jugendlicher zu Europa 1990-1995**, Arbeitspapier 4 der Forschungsgruppe Jugend und Europa, München 1997, DM 10.-, ISBN 3-9804711-2-8.

Petra Schuh, Bianca M. von der Weiden: **Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß**, Band 9 Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, München 1997, 350 Seiten, DM 39,80, ISBN 3-9804711-7-9.

**I**m Nahen Osten und Nordafrika hat die Transformation sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Strukturen neue Dimensionen erreicht. In multi- und bilateralen Verhandlungen, auf Wirtschaftskonferenzen und in Expertenzirkeln wird die Vision eines neuen, friedlichen und kooperativen Nahen Ostens konkret mit Inhalten versehen. Gleichzeitig erfährt der Friedensprozeß immer wieder Rückschläge. Im Spannungsfeld zwischen vitalem Interesse und begrenztem Einfluß versucht auch die Europäische Union in diesem Prozeß, ihre Stimme einzubringen. Der vorliegende Band analysiert Problemfelder der Transformation und steckt die Aufgabenfelder für Europa ab.

**D**er Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern dominiert in der Regel die Sicht Europas auf den Nahen Osten. Der Sammelband erweitert diese Perspektive und läßt Experten aus der Region und aus Europa auch zu anderen sicherheitspolitischen Aspekten zu Wort kommen. Das Spektrum umfaßt u. a. Konzepte kollektiver Sicherheit, die Rolle des Irans, eine saudi-arabische Sicht des Friedensprozesses und die Zukunft des Maghrebs. Auf diese Weise dokumentiert der Band die aktuellen Sicherheitsdiskussionen in der arabischen Welt.

**O**hne eine aufgeklärte Unterstützung durch die europäischen Bürger wird Europa die jetzt anstehenden Herausforderungen nur schwer bewältigen können. Wie aber steht es mit den Einstellungen der jungen Generation zur Europäischen Union und der europäischen Integration? Um diese Fragen zu beantworten, präsentiert das Arbeitspapier 4 der *Forschungsgruppe Jugend und Europa* die Ergebnisse zweier Einstellungsuntersuchungen. Neben den aktuellen Daten aus Eurobarometer werden relevante Ergebnisse aus einer bundesweiten Befragung Jugendlicher aller Ausbildungsstufen vorgestellt und analysiert. Alle Daten werden in anschaulichen Graphiken, Tabellen und Schaubildern aufbereitet.

**D**ie politische Landschaft in Deutschland veränderte sich 1989 infolge der friedlichen Revolution in Ostdeutschland nachhaltig. So wurde die Gründung einer eigenen sozialdemokratischen Partei in der DDR möglich und die Idee einer gesamtdeutschen Vereinigung erschien zunehmend realisierbar. Band 9 der *Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland* analysiert Positionen und Verhalten zweier voneinander unabhängiger sozialdemokratischer Parteien in Ost- und Westdeutschland in dieser Umbruchsituation. Die Dramatik der Ereignisse zwang beide Parteien, ihre – keineswegs immer identischen – Positionen und Ziele ständig zu überdenken. Auf der Basis von Interviews mit zentralen Akteuren sowie umfangreichem Archivmaterial zeichnet *Bianca M. von der Weiden* in dem Beitrag „Das Profil der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP/SPD) von ihrer Gründung bis zum ersten Parteitag (1989/90)“ die Entwicklung nach. *Petra Schuh* stellt in ihrem Beitrag „Die SPD (West) im Einigungsprozeß 1989/90: Positionen, Kontroversen, Strategien“ die Vereinigungskonzepte dar.

### Ebenfalls Anfang 1997 erschienen:

Werner Weidenfeld (Hrsg.): **Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union – Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit 1996**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1996, 280 Seiten, ISBN 3-89204-809-6. (Die englische Version wurde bereits in C·A·PANORAMA Januar 1997 vorgestellt.)

Werner Weidenfeld (Hrsg.): **Neue Ostpolitik – Strategie für eine gesamteuropäische Entwicklung**, Langfassung, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1997, 189 Seiten, ISBN 3-89204-810-X. (Die Kurzfassung wurde bereits in C·A·PANORAMA Januar 1997 vorgestellt.)

## Europa vor der Bewährung

*Die Regierungskonferenz zur Reform der Europäischen Union soll 1997 erfolgreich zu Ende geführt werden. Ist Europa in der Lage, sich als globale Macht zu etablieren? Das Projekt „Euro“ und die geplante EU-Osterweiterung lassen zumindest auf die Ambition schließen. Die neue Handlungsfähigkeit Europas wird indes nur in kleinen Schritten realisiert – eine Zwischenbilanz zur Regierungskonferenz am 3. Februar im C·A·P-Forum spiegelte dies anschaulich wider. Reinhard Silberberg, Auswärtiges Amt, Dr. Christian Barth, Bayerische Staatskanzlei, Angela Bardenhewer, Europäische Kommission, und Josef Janning, Forschungsgruppe Europa, diskutierten unter der Leitung von Prof. Dr. Werner Weidenfeld.*

**R**einhard Silberberg wies in seinem Vortrag darauf hin, daß man keine „Wiedervorlagemöglichkeit“ bei der EU-Reform mehr habe. Der Zeitplan für die Realisierung des Euros, die Erweiterungen nach Osten, die Reform der Agrar- und Strukturpolitik und die Neufestsetzung des EU-Finanzrahmens dränge die Staats- und Regierungschefs, 1997 einige „institutionelle“ Fragen grundsätzlicher Natur zu beantworten. Silberberg plädierte – angesichts der Vielzahl von Interessen in einer heterogeneren Union – zukünftig für flexible Lösungen, für eine „progressive Integration“ der Fortschrittswilligen und -fähigen. Er setze darauf, daß erst zum Abschluß der Regierungskonferenz diese Probleme unter hohem politischen Druck auf höchster Ebene gelöst werden können. Der Achse Paris-Bonn komme dabei wie in der Vergangenheit entscheidende Bedeutung zu.

Zusammen mit Rheinland-Pfalz vertritt Bayern die Interessen der deutschen Länder in der Regierungskonferenz. *Christian Barth* wies nach den strategisch orientierten Ausführungen des Vorredners darauf hin, daß die europäische Integration mittlerweile vor allem „europäische Innenpolitik“ sei. Aus diesem Grund seien die Länder bestrebt, die regionale Interessenvertretung in Brüssel über den Ausschuß der Regionen und die Forderung nach klarer problemadäquater Kompetenzverteilung zu stärken. Diese Ziele seien allerdings nur langfristig durch Pragmatismus und Optimismus erreichbar.

Wie schwer dies ist, zeigte ein Einblick in die „Werkstatt“ der Regierungskonferenz, den im Anschluß *Angela Bardenhewer* gab. Sie beobachte, daß sich die Mitgliedstaaten hinsichtlich der Ziele der europäischen Integration auch im Detail weitgehend einig seien: Problematisch sei vielmehr die „Machtfrage“, d. h. wie diese Ziele institutionell realisiert werden sollen. Über die zukünftige Rolle der Kommission, die Fortentwicklung der GASP, die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen und die Funktion der „Flexibilität“ herrsche auch nach zwei Jahren Beratungen keine Klarheit. Bardenhewer verwies in diesem Zusammenhang auf mögliche „Integrationsgrenzen“, was in der späteren Diskussion zu zahlreichen Nachfragen führte.

*Josef Janning* mochte diesen Sachverhalt in seinen Thesen zum Ertrag der Regierungskonferenz lediglich als „Integrationschwäche“ kennzeichnen. In einem historischen „jet-lag“ hinke die EU ständig der Realität des neuen Europa hinterher. Im nächsten Jahrzehnt sei deshalb anläßlich der Osterweiterung mit der nächsten EU-Reform zu rechnen, die neue, differenzierte Integrationswege öffnen sollte. Die Kernbildung in den Bereichen Währung und Verteidigung könne dabei als dynamisches Element wirken. Das Ergebnis der Regierungskonferenz 1997 werde man nichtsdestotrotz als „Erfolg“ werten, um dem Handlungsdruck zumindest rhetorisch gerecht zu werden.

Im Forum stellten sich die Referenten den Fragen des Publikums: Reinhard Silberberg (Mitte), Leiter des Arbeitsstabes zur Regierungskonferenz im Auswärtigen Amt, erläuterte dabei die Positionen der Bundesregierung.

Über 100 Gäste aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft informierten sich über die Perspektiven der laufenden Regierungskonferenz der EU.

## Friedenswahrung durch Intervention

Das Thema „Preserving peace through intervention“ war Gegenstand eines Expertenworkshops am 24. Januar im C·A·P, der von der *Forschungsgruppe Europa* in Zusammenarbeit mit der *Bertelsmann Wissenschaftsstiftung* organisiert wurde. Vor dem Hintergrund der Zunahme von regional begrenzten und innerstaatlichen Konflikten soll über legitime friedenswahrende Interventionen von außen nachgedacht werden. *Prof. Klaus Dicke*, Friedrich-Schiller-Universität Jena, behandelte einführend „The legitimacy of political and military intervention“. Das Thema „Political needs and institutional capabilities of military intervention“ stand im Mittelpunkt der Überlegungen von *Prof. Pierre Hassner*, Fondation National des Sciences Politiques in Paris. *Prof. Jochen Abr. Frowein*, Max-Planck-Institut für Ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, befaßte sich mit „The UN-Security Council and the development of international law since the end of the east-west conflict“. Für die zweite Jahreshälfte ist eine weitere Tagung zu diesem Themenkomplex vorgesehen.

Das Prinzip der Nichteinmischung auf dem Prüfstand

### Das Angebot...

...der **Forschungsgruppe Deutschland** im **World Wide Web** ist substantiell ausgebaut worden.\* Erreichbar sind die neuen Seiten auch über die C·A·P-Homepage. Verfügbar sind Informationen zu Projektbereichen, Themenschwerpunkten, Veröffentlichungen und Mitarbeitern, die per e-mail erreicht werden können. Die Newsletter der Forschungsgruppe (D-Mail) sind online abrufbar. Eine Liste von „links“ zu Kooperationspartnern befindet sich zur Zeit im Aufbau.

\*[http://www.lz-muenchen.de/~uf29101/WWW/FG\\_Deutschland.html](http://www.lz-muenchen.de/~uf29101/WWW/FG_Deutschland.html)

### EDZ...

...bedeutet „**Europäisches Dokumentationszentrum**“ und ist eine von Brüssel autorisierte und unterstützte Sammelstelle aller **offiziellen EU-Dokumente** am C·A·P.\* Auf den Seiten des EDZ im **World Wide Web**\*\* kann man nun einige wertvolle „links“ für die Recherche zum Thema Europa finden. Zusätzlich wird das EDZ ab Juli ein mehrwöchiges **Praktikum** anbieten, bei dem man die Arbeit des EDZ kennenlernen kann. Bewerbungen sind schriftlich an das C·A·P („EDZ-Praktikum“) zu richten.

\*Öffnungszeiten: Montag und Mittwoch 10-15 Uhr  
\*\*[http://www.lz-muenchen.de/~uf29101/WWW/FG\\_E\\_DZ.html](http://www.lz-muenchen.de/~uf29101/WWW/FG_E_DZ.html)

### Fragen der Sicherheit...

...wurden von **Studenten des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaft** der LMU und **Offizieren aus Mittel- und Osteuropa** der **Universität der Bundeswehr München** diskutiert. Das Treffen war Teil der Übung „**Demokratisierungsprozesse in Mittel- und Osteuropa**“ von Eva Feldmann (Forschungsgruppe Jugend und Europa). Die Kooperation kam auf Initiative von **Dr. Volker Stanslowski**, Öffentlichkeitsreferent der Universität der Bundeswehr zustande und soll vertieft werden.

Begegnung als Basis der Aufarbeitung von Geschichte

## Deutschland, Polen, Israel

Die Kooperation im trilateralen Projekt „Impulse für den Jugendaustausch zwischen Deutschland, Polen und Israel“ stand im Mittelpunkt eines Gesprächs zwischen dem Geschäftsführer des *Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW)*, *Michael Lingenthal*, und dem Direktor des C·A·P, *Prof. Dr. Werner Weidenfeld*. Ziel der Initiative ist die Erarbeitung eines praxisbezogenen Handbuchs. Dieses wird von israelischen, polnischen und deutschen Fachkräften der Jugendarbeit in drei Sprachen erarbeitet. Eine Fachgruppe war auf Initiative des DPJW und der *Forschungsgruppe Jugend und Europa* bereits 1996 in Potsdam zusammengekommen. Ende Mai werden die Gespräche im *Rutenberg-Institut* in Haifa fortgeführt. Wichtig ist den Projektpartnern, die beteiligten Länder und Systeme der politischen Bildung in ihrer Unterschiedlichkeit vorzustellen und so eine möglichst differenzierte Vorbereitung von trilateralen Begegnungen zu ermöglichen. Auf diese Weise kann eine Gesprächsbasis geschaffen werden, von der aus auch die schmerzlichen Kapitel der gemeinsamen Geschichte aufgegriffen werden können.

## Junior Team Europa

Die *Forschungsgruppe Jugend und Europa* hat erstmalig eine Schulung für Europa-Referenten und -Referentinnen durchgeführt. Bei ihr wurden speziell junge Menschen in der Anwendung neuer Methoden der europapolitischen Bildungsarbeit ausgebildet.

Das angewandte Schulungskonzept basiert auf der Überlegung, daß im Rahmen der politischen Jugendbildung die „Peer-Group-Education“, d. h. die Unterrichtung durch Gleichaltrige und Gleichgesinnte, bessere Resultate erzielt als die sonst übliche Vortragsweise von Experten. Um jungen Menschen Europa nahe zu bringen, werden deshalb im *Junior Team Europa* neue Wege, Mittel und Methoden der politischen Bildungsarbeit eingesetzt. Traditionelle Ansätze der reinen Informationsvermittlung über Europa greifen oftmals zu kurz, vernachlässigen die Interessenlagen, die Einstellungen und die Lebenswelt der Jugend. Europa läuft so Gefahr, zu einem Thema zu werden, das nur vorgesetzt wird und damit fremd bleibt. Für die Herausbildung eines neuen, durchaus auch kritischen Verständnisses von Europa ist es deswegen sinnvoll, daß ein persönlicher Bezug zu den Jugendlichen hergestellt wird.

Das im Anschluß an die erste Schulung gegründete *Junior Team* kann zukünftig über das C·A·P angefordert werden. Der Referenten/-innen-Pool ist bundesweit im Bildungs- und Jugendbereich einsatzbereit. Die angebotenen Methoden umfassen Plan- und Rollenspiele, die „Zukunftswerkstatt Europa“, Erkundungen und Exkursionen, Umfragen und Interviews, Partner- und Gruppenarbeiten sowie den Einsatz unterschiedlicher Medien wie Zeitung, Photo, Video, Film, Musik und PC.

\*\*\*

## Europa föderal organisieren

Ziel des gleichnamigen Forschungsprojektes am C·A·P ist die Erarbeitung eines Konzeptes für eine föderale Balance zwischen den verschiedenen politischen Ebenen der Europäischen Union. Die effizienzgerechte Ausgestaltung des Entscheidungsgefüges auf supranationaler Ebene und eine legitimationsstiftende Vielfalt auf der nationalen und subnationalen Ebene stehen dabei im Vordergrund. Ausgangspunkt der Untersuchungen bildete die vergleichende Betrachtung nationaler Staatsorganisationsmuster, auf deren Grundlage Schlußfolgerungen für die Kompetenzordnung in den europäischen Verträgen abgeleitet werden. Eine erste Erkenntnis liegt in der Notwendigkeit einer vertraglichen Festschreibung eines dualen Kompetenzkataloges, der nicht nur die europäischen Zuständigkeiten, sondern auch die mitgliedstaatlichen Kompetenzen ausweist. Dazu wurde ein Fragenkatalog entwickelt, der in sechs Prüfkriterien zusammengefaßt ist. Zur institutionellen Effektivierung der Rolle der EU-Mitgliedstaaten auf Unionsebene werden die stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente sowie auf lange Sicht die Schaffung eines Zweikammersystems befürwortet. Schließlich ist auch die stärkere Einbeziehung der regionalen Ebene von zentraler Bedeutung bei der Verbesserung der Legitimität des europäischen Entscheidungssystems. Neue Wege beschreitet die Projektgruppe mit Vorschlägen, wie Formen interregionaler Kooperation als Ausdruck der „Integration von unten“ durch Modifikationen des europäischen Institutionengefüges stärker gefördert werden können. Ein Strategiepapier mit den Ergebnissen der Projektarbeit wird im Juni 1997 im Rahmen einer Expertenkonferenz am C·A·P vorgestellt und diskutiert werden. Eine umfassendere Veröffentlichung zu den Forschungsergebnissen ist zum Projektabschluß im Herbst 1997 vorgesehen.

Anwendung moderner  
Methoden politischer  
Bildungsarbeit

### Mehr Zivilcourage...

...und hilfreiche Methoden im Umgang mit fremdenfeindlichen Haltungen wurden 22 Schülern aus Kehl im **Modellseminar „Achtung (+) Toleranz“** vermittelt. Die **Forschungsgruppe Jugend und Europa** entwickelte dieses Seminar für die außerschulische Bildungsarbeit. Ergebnisse der ersten Seminare und das Seminarkonzept sollen im Sommer 1997 in Form eines **Methodenhandbuches** veröffentlicht werden.

Effizienz und Legitimität  
für die Europäische Union